



Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Ulrich Kossiek

FDP

Verwaltung

Frau Bredenkötter

Umweltbetrieb

(zu TOP 8)

Herr Richard

Umweltbetrieb

(zu TOP 8)

Herr Müller

Amt für Schule

(zu TOP 18)

Herr Daube

Bezirksamt Heepen

Herr Skarabis

Bezirksamt Heepen

Herr Lötzke

Bezirksamt Heepen

Schriftführer

Externe

-/-

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Daube informiert unter Bezugnahme auf TOP 7 (Glascontainer Husumer Straße: Sachstandsbericht) darüber, dass es dem Leiter des Umweltbetriebes aufgrund anderweitiger terminlicher Verpflichtungen nicht möglich sei, zum Sachstand zu berichten. Die Verwaltung bitte daher, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Weiterhin rege die Verwaltung an, die Angelegenheit im Rahmen eines anlassbezogenen Gesprächskreises weiter zu beraten.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

Sodann wird die von der Bezirksvertretung genehmigte, geänderte Tagesordnung wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen**

#### *a) Interkommunales Gewerbegebiet*

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) stellt im Kontext zur Entwicklung des Interkommunalen Gewerbegebietes die Frage, ob in den Nachbarstädten Herford und Bad Salzuflen noch weitere Industriegebiete geplant werden, die nicht zum Interkommunalen Gewerbegebiet gehören. Seines Wissens beabsichtige die Stadt Herford ein zusätzliches Gewerbegebiet nördlich des Interkommunalen Gewerbegebietes in Elverdissen - Hof Rottmann (Agrar-Zentrum HF/BI/LIPPE) - zu entwickeln. In Bad Salzuflen sei offenbar geplant, ein zusätzliches Gewerbegebiet an der Leopoldshöher Straße / Söllestraße zu entwickeln. Weiterhin seien weitere Ansiedlungen im Gewerbegebiet Diekbrede / Dexter vorgesehen. Er fragt, ob dies zutreffend sei. Weiterhin stellt er die Frage, ob diese Gewerbegebiete in den aktuellen Verkehrsgutachten berücksichtigt wurden und ob die neue in Bau befindliche Lkw-Waschanlage (zusätzlich ca. 1.000 Fahrzeuge monatlich) ebenfalls mit berücksichtigt wurde. Seines Erachtens werden die angesprochenen Maßnahmen zu einer Mehrbelastung u. a. für den Kusenweg, die Vinner Straße, die Altenhagener Straße, die Milser Straße, die Elverdisser Straße und andere Straßen führen. Vor diesem Hintergrund sei der Weiterbau der L 712 n ohne weitere Verzögerungen unumgänglich.

Bezirksbürgermeister Sternbacher führt aus, dass ihm keine aktuellen Informationen zu den angesprochenen möglichen Planungen der Nachbarstädte bekannt seien. Er bitte die Verwaltung, die von Herrn Tresser gestellten Fragen in Abstimmung mit den Nachbargemeinden zu prüfen und die

Bezirksvertretung und Herrn Tresser zu gegebener Zeit über das Ergebnis zu informieren.

*b) Grunderwerb für die Entwicklung des Interkommunalen Gewerbegebietes*

Herr König (Grundstückseigentümer im Bereich des Interkommunalen Gewerbegebietes) weist darauf hin, dass die an der Entwicklung des Gewerbegebietes Beteiligten ihm gegenüber die Absicht geäußert hatten, u. a. in seinem Eigentum befindliche Grundstücksflächen in die Entwicklung eines Gebietes einzubeziehen. Er habe sich auch bereit erklärt, entsprechende Grundstücksflächen zu veräußern. Seines Wissens wurden hierfür bereits Wertgutachten gefertigt. Nach der aktuellen Planung sei nun aber offenbar nicht mehr vorgesehen, die in seinem Eigentum befindlichen Grundstücksflächen zu erwerben. Da sich die Beteiligten bei ihm nicht mehr gemeldet haben, fragt er nach den Gründen für dieses Verhalten.

Ihm sei zudem bekannt geworden, dass geplant sei, den nordöstlich der angesprochenen Grundstücksflächen befindlichen Autobahnanschluss zu einem „Kleeblatt“ zu erweitern. Auf Rückfrage habe der Landesbetrieb Straßen NRW erklärt, dass dort keine entsprechenden Planungen bekannt seien. Er habe vor diesem Hintergrund die Frage, ob der Bezirksvertretung bzw. der Stadt Bielefeld eine solche Planung bekannt sei und ob ein Zusammenhang mit den angesprochenen Grunderwerbsverhandlungen stehe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass er zu dieser Frage keine Aussage treffen könne, da ihm Details der Grunderwerbsverhandlungen nicht bekannt seien. Er bitte daher die Verwaltung, die Fragestellung an die zuständigen Stellen mit der Bitte, die von Herrn König gestellte Frage zu beantworten, weiterzuleiten.

*c) Verkehrsbelastungen durch das Interkommunale Gewerbegebiet*

Herr Quisbrock (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) führt aus, dass Herr Beigeordneter Moss im Rahmen seiner Ausführungen zum Planverfahren „Interkommunales Gewerbegebiet“ erklärt hatte, dass Logistik-Gewerbe im Interkommunalen Gewerbegebiet Altenhagen nicht auszuschließen sei und intelligente Lösungen zur Verkehrs- und Lärmbeseitigung (u. a. Lkw-Lenkungskonzepte) angekündigt habe. Herr Dr. Elsner habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es dringend notwendig sei, ein ganzheitliches Verkehrskonzept zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang bittet er um Beantwortung der Fragen:

1. Gibt es dazu schon konkrete Pläne und sind die auch GPS-tauglich?
2. Wie will die Stadt Bielefeld den zweckentfremdenden sogenannten „Schleichweg-Verkehr“ auf den hierfür ungeeigneten Straßen im Umfeld u n t e r b i n d e n ?
3. Sind die vorhandenen Straßen überhaupt geeignet, den zusätzlichen Lkw-Verkehr aufzunehmen?

Die meisten Straßen im Stadtbezirk seien u. a. wegen der vielen Lkw schon

jetzt am kollabieren. Nach dem „Vierte-Potenz-Gesetz“ sei die Belastung durch eine 10-Tonnen-Achse eines Lkw mit etwa 160.000 Pkw-Achsen zu vergleichen (Quelle: Straßen.NRW). Bielefeld könnte die vorhandenen Bundesautobahnen (A 2 und A 33) aus seiner Sicht als städtische Umgebungsstraßen nutzen. Dazu müsste jedoch über eine partielle Mautbefreiung nachgedacht werden. Viele Lkw-Fahrer könnten jetzt schon so fahren. Aufgrund der Maut nutzen sie diese Möglichkeit jedoch nicht. Intelligente Lösungen und ganzheitliche Verkehrskonzepte beinhalten aus seiner Sicht auch aufgrund der aktuellen Situation den raschen Weiterbau der L 712 n (4. Bauabschnitt). Er vertrete die Auffassung, „ohne das eine geht das ganze andere nicht“ die L 712 n - 4. Bauabschnitt - sei hierbei das „eine“ und das „ganze andere“ wäre das Interkommunale Gewerbegebiet.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die von Herrn Quisbrock aufgeworfenen Fragestellungen zu prüfen und die Ergebnisse der Bezirksvertretung zeitnah vorzustellen.

#### *d) Interkommunales Gewerbegebiet*

Frau Heinz (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) weist darauf hin, dass im Rahmen der Beratung zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Interkommunales Gewerbegebiet“ von Herrn Beigeordneten Moss erklärt wurde, dass es aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeiten notwendig sei, die Planung so rasch wie möglich umzusetzen. Aufgrund gesetzlicher Kündigungsfristen für im Plangebiet bestehende Pachtverhältnisse sei aus ihrer Sicht jedoch davon auszugehen, dass die benötigten Flächen frühestens in 2 Jahren verfügbar werden. Dennoch vermittele Herr Moss einen erheblichen Zeitdruck. Sie habe vor diesem Hintergrund die Frage, ob sich die Bezirksvertretung tatsächlich ausreichend Zeit für die Beratung nehme. Weiterhin weist sie darauf hin, dass angekündigt wurde, dass im Bereich des Interkommunalen Gewerbegebietes ca. 600 neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Dies werde ihres Erachtens zu einer erheblichen zusätzlichen Verkehrsbelastung des Stadtteils Altenhagen führen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass sich die Bezirksvertretung nicht „unter Druck setzen“ lasse, sondern die Planung sachlich und geordnet abarbeiten werde. Zu den angesprochenen Pachtverhältnissen und den mit einer Kündigung verbundenen zeitlichen Abhängigkeiten könne er keine Aussage treffen.

#### *e) Schwerlastverkehr im Bereich des Schelpmilser Weges*

Herr Pernau (Einwohner des Stadtteils Milse) stellt fest, dass sich der Schelpmilser Weg aufgrund der unzumutbar hohen Belastung durch den Schwerlastverkehr in einem völlig desolaten Zustand befinde. Er fragt, welche Schritte seitens der Stadt Bielefeld in diesem Zusammenhang unternommen werden. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass Parkstreifen im Bereich des Schelpmilser Weges regelmäßig „über Nacht“ zum Abstellen von Lkw genutzt werden. Dies führe zu einer unzumutbaren Einengung der Straßenfläche, zu weiteren Beschädigungen (Straße, Parkstreifen, Kanal etc.) und zu unzumutbar hohen Lärmbelastungen (Anfahren der Lkw - insbesondere in den Morgenstunden). Er fragt, ob das Parken der Lkw auf den Parkstreifen zulässig sei. Darüber hinaus verweist er auf bereits durch die angesprochenen

Belastungen entstandene Schäden im Kanalbereich.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die Frage zu prüfen, inwieweit das Abstellen der Lkw in den angesprochenen Bereichen zulässig sei. Zum - ihm bekannten - baulichen Zustand des Schelpmilser Weges und der angesprochenen Kanäle erklärt er, dass ihm auf Nachfrage seitens der zuständigen städtischen Fachdienststellen (Amt für Verkehr, Umweltbetrieb) erläutert wurde, dass die vorhandenen Schäden nur im Rahmen einer Grundsanie rung des Schelpmilser Weges beseitigt werden können. Er bitte die Fachverwaltung, die bestehenden Abhängigkeiten im Rahmen einer entsprechenden Stellungnahme zu erläutern.

*f) Sanierung der Potsdamer Straße*

Frau Köttnitz (Einwohnerin des Stadtteils Heepen) fragt, ob abzusehen sei, wann die Potsdamer Straße saniert werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die in der Vergangenheit zu diesem Thema geführte intensive Diskussion in der Bezirksvertretung und die in diesem Zusammenhang von der Bezirksvertretung gefassten Beschlüsse. Seinerzeit sei die Sanierung der Potsdamer Straße aufgrund der zur Sanierung der Detmolder Straße bestehenden Abhängigkeiten zeitlich verschoben worden. Da die Sanierung der Detmolder Straßen zwischenzeitlich abgeschlossen sei, bitte er die Verwaltung, nun eine Aussage zu der von Frau Köttnitz gestellten Frage zu treffen.

*g) Verkehrssicherheit im Bereich des Kusenweges*

Herr Matuschak (Anwohner des Kusenweges) weist mit Nachdruck darauf hin, dass Fußgänger und Radfahrer sowie Schulkinder auf dem Weg zur Bushaltestelle im Abschnitt zwischen Niewaldstraße und Stadtgrenze aufgrund des fehlenden Rad- und Fußweges - insbesondere durch den zunehmenden Lkw-Verkehr - massiven Gefahren ausgesetzt seien. Er fragt, wann endlich ein Fuß- und Radweg angelegt werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass auch die Bezirksvertretung mehrfach im Rahmen entsprechender Beschlüsse auf die dringende Notwendigkeit, in dem angesprochenen Bereich einen Fuß- und Radweg anzulegen hingewiesen habe. Darüber hinaus verweist er auf die unter TOP 4.4 zu beratende Anfrage der SPD-Fraktion.

*h) Lkw-Verkehr im Bereich des Schelpmilser Weges*

Herr Linnenbrügger (Einwohner des Stadtteils Milse) stellt fest, dass der Schelpmilser Weg u. a. aufgrund der beinahe rechtwinkligen Kurven und des baulichen Zustandes aus seiner Sicht nicht für den Lkw-Verkehr geeignet sei. Er fragt, ob Lkw überhaupt über eine Straße wie den Schelpmilser Weg fahren dürfen. Im Rahmen einer selbst durchgeführten Zählung habe er festgestellt, dass allein in den Morgenstunden 85 Schwerlast-Lkw, 80 kleinere Lkw und 600

Pkw die Straße befahren.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die in der Vergangenheit von der Bezirksvertretung in diesem Kontext gefassten Beschlüsse. U. a. wurde eine von der Bezirksvertretung geforderte Sperrung des Schelpmilser Weges für den Lkw-Verkehr abgelehnt. Vor dem Hintergrund der verkehrlichen Entwicklung und der angesprochenen Schäden bitte er die Verwaltung, die bestehenden Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation zu prüfen und der Bezirksvertretung über das Ergebnis zu berichten. Hinsichtlich des angesprochenen Schwerlastverkehrs, der u. a. auf die, die Müllverbrennungsanlage anfahren den Lkw zurückzuführen sei, werde er nochmals mit der Betreibergesellschaft Kontakt aufnehmen und diese bitten, darauf hinzuwirken, dass der Andienungsverkehr über die Eckendorfer Straße abgewickelt werde.

*i) Abbindung der Heilbronner Straße*

Her Pernau (Einwohner des Stadtteils Milse) weist darauf hin, dass in der Vergangenheit mehrfach davon gesprochen wurde, die Heilbronner Straße von der Herforder Straße abzubinden. Dies sei offenbar zwischenzeitlich kein Thema mehr. Er fragt, wann mit einer entsprechenden Regelung zu rechnen sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die bestehenden Abhängigkeiten zum Bau der L 712 n (4. Bauabschnitt) und den in diesem Zusammenhang notwendigen Ausbau der Herforder Straße. Sobald diese Maßnahmen umgesetzt werden, sei aus seiner Sicht auch mit der Abbindung der Heilbronner Straße zu rechnen. Dies entspreche dem von der Verwaltung vorgestellten Verkehrskonzept.

*j) Messung der verkehrsbedingten Immissionen*

Frau Siek (Einwohnerin des Stadtteils Milse) verweist auf die durch die Verkehrsbelastung im Bereich des Schelpmilser Weges und der Nachbarstraßen ausgelösten Immissionen (Lärm, Feinstaub etc.) und fragt, ob es Messergebnisse zu den vorhandenen Belastungen gebe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung und Stellungnahme.

*k) Verkehrsplanung im Kontext zum Interkommunalen Gewerbegebiet*

Herr Quisbrock (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) weist darauf hin, dass er im Auftrag von Herrn Christian Lüder (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) in der Sitzung der Bezirksvertretung am 05.09.2013 folgende Frage gestellt habe:

„Steht die Verkehrsplanung für das Interkommunale Gewerbegebiet (die wird es ja aller Wahrscheinlichkeit nach geben) in irgendeinem Zusammenhang mit dem Bau der L 712 n, allgemein oder 4. Bauabschnitt, d. h. taucht die in den

Planungen auf? In der Skizze, in der NW vom 03.09.2013 war der Durchbau zu sehen. Wenn ja, ist es dann nicht sinnvoll, erst die Straße zu bauen und dann das Gewerbegebiet zu erschließen? Ich bin gegen die Erschließung ohne den Weiterbau der Straße.“

Herr Moss habe die Abgrenzung des Plangebietes, die verkehrlichen Abhängigkeiten und die vorgeschlagene innere Erschließung des Plangebietes an Hand entsprechender Lagepläne erläutert. Er habe darauf hingewiesen, dass die innere Erschließung des Plangebietes flexibel an die Nachfrage angepasst werden könne. Bezogen auf eine entsprechende Einwohnerfrage, habe er ausgeführt, dass ursprünglich beabsichtigt war, das Plangebiet unmittelbar an die L 712 n anzuschließen, diese Absicht jedoch nicht realisiert werden konnte. Insofern müsse hinsichtlich der verkehrlichen Anbindung des Plangebietes auf das vorhandene Straßensystem zugegriffen werden. Die von ihm für Herrn Lüder gestellte Frage habe er jedoch nicht beantwortet.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Beantwortung der von Herrn Quisbrock aufgeworfenen Frage.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 1 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 05.09.2013**

Ohne Aussprache ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 05.09.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 3 Mitteilungen**

### **I. Schriftliche Mitteilungen**

#### **3.1 „Baufibel“ für Gewerbebetriebe**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder ein Exemplar der „Baufibel“ für Gewerbebetriebe erhalten. Die „Baufibel“ wurde gemeinsam von der WEGE mbH und der Bauverwaltung erarbeitet. Bei der „Baufibel“ handelt es sich um einen Beratungsleitfaden für Unternehmen. U. a. informiert sie über Möglichkeiten zum energetischen Bauen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.1 \*

-.-.-

#### **3.2 Abbau von zwei Verkehrszeichen (Tempo 30 - Beschilderung in Höhe des Gebäudes Grafenheider Straße 86)**

Nach Aufgabe des bisher am Standort befindlichen Kindergartens wurde die bisherige Tempobegrenzung nach Abstimmung mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger von der Straßenverkehrsbehörde aufgehoben. Der Abbau der Tempobegrenzungsschilder wurde verkehrsrechtlich angeordnet.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.2 \*

-.-.-

#### **3.3 Abrechnungen nach dem BauGB / KAG**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Informationsvorlage der Verwaltung Drucksache 6112/2009-2014 mit Informationen zu Abrechnungen nach dem BauGB bzw. dem KAG für im Stadtbezirk Heepen durchgeführte Maßnahmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.3 \*

-.-.-

**3.4 Einführung eines webbasierenden Platzreservierungs- und Anmeldeprogramms für die Bielefelder Kindertageseinrichtungen**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck der Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 6173/2009-2014 sowie ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2013.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.4 \*

-.-.-

**3.5 Bericht zum aktuellen Hochwasserereignis**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 09.07.2013.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.5 \*

-.-.-

**3.6 Grundsatzentscheidung zur Realisierung der Linie 5 von Heepen über den Jahnplatz/Adenauerplatz nach Senne und Sennestadt sowie zum neuen Netzkonzept für den weiteren Stadtbahnausbau und zur Planung der neuen Linie 5 in Niederflurtechnik**

Den Mitteilungen beigefügt sind Auszüge aus den Niederschriften über die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses am 11.06.2013 und 02.07.2013 sowie des Rates der Stadt Bielefeld am 18.07.2013.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.6 \*

-.-.-

3.7

### **Einladung zur Vernissage**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Einladung zur Vernissage „Christine Pollok: Anders als es scheint – Lichtbilder und Zauberkästen“ am 16.10.2013 um 19:00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.7 \*

-.-.-

3.8

### **Statistische Informationen zu den Bielefelder Stadtbezirken**

Das Amt für Demographie und Statistik hat das neue Serviceangebot „Bielefeld in Zahlen“ entwickelt. Es enthält Kurzinformationen und auch Bevölkerungsvorausrechnungen sowie Auswertungen zu den einzelnen Stadtbezirken. Bei der Auswahl der Schwerpunktthemen hat sich das Amt für Demographie und Statistik an den häufigsten Anfragen zu entsprechenden Daten (insbes. Bevölkerungsstruktur und Arbeitsmarkt) orientiert. Die auf den Stadtbezirk Heepen bezogenen Informationen sind unter dem Link [http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/7\\_Heepen.pdf](http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/7_Heepen.pdf) abrufbar.

Im nächsten Arbeitsschritt beabsichtigt das Amt für Demographie und Statistik kleinräumige Kennzahlen zu den statistischen Bezirken und Kennzahlen zu Bielefeld im überregionalen Vergleich zu erarbeiten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.8 \*

-.-.-

3.9

### **Konkretisierung der mit dem Haushalt 2013 für den Haushalt 2014 beschlossenen pauschalen Haushaltsverbesserung von 4,0 Mio. €**

Der Bezirksbürgermeister, der stellv. Bezirksbürgermeister, die Fraktionen und die Vertreter der Parteien haben mit den Sitzungsunterlagen einen Abdruck der Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 6086/2009-2014 sowie einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 17.09.2013 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.9 \*

-.-.-

## **II. Mündliche Mitteilungen**

**3.10**

### **„Herrenloser Grenzstein“ in Brake (vgl. BV Heepen - 05.09.2013 - TOP 7.3)**

Herr Daube informiert darüber, dass der Ortsheimatpfleger für den Stadtteil Brake, Herr Kossiek, mitgeteilt habe, dass mit allen Beteiligten abgestimmt wurde, dass der Markierungsstein am Standort verbleiben soll. Die Pflege übernehme Herr Kossiek. Insofern habe sich der Beschluss der Bezirksvertretung Heepen vom 05.09.2013 erledigt.

Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass sich der Standort auf dem Gebiet des Kreises Herford befinde. Eigentümer des Markierungssteines sei der Landesbetrieb Straßen.NRW.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.10 \*

-.-.-

**3.11**

### **Beschilderung der Schulen, der Sporthallen und des Schwimmbades im Stadtteil Heepen (vgl. BV Heepen - 15.04.2010 - TOP 5.9)**

Herr Daube informiert darüber, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass die Beschilderung entsprechend des von der Bezirksvertretung am 15.04.2010 gefassten Beschlusses umgesetzt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.11 \*

-.-.-

### 3.12

#### **Umbauten am Sportplatz des FC Altenhagen-Bielefeld**

Herr Daube informiert darüber, dass das Sportamt mitgeteilt habe, dass der FC Altenhagen-Bielefeld plane, das im Jahr 2000 selbst als Tennenplatz angelegte Kleinspielfeld am Sportplatz Altenhagen in ein Kunstrasen-Kleinspielfeld umzubauen. Auf dem Kleinspielfeld könnte der Trainings- und Spielbetrieb für den Kinder- und Jugendbereich weitestgehend wetterunabhängig durchgeführt werden. Außerdem soll es auch von den Senioren-Mannschaften für ein kontinuierliches Training genutzt werden. Zusätzlich möchte der FC Altenhagen-Bielefeld an einer Längsseite des Platzes eine Tribünenstufe einrichten, die Eltern und Großeltern die Teilhabe am Trainings- und Spielbetrieb ohne Beeinträchtigung der sportlichen Abläufe auf dem Spielfeld ermöglichen soll. Für beide Maßnahmen habe der Verein Anträge auf Förderung aus der Sportpauschale gestellt. Die Arbeitsgruppe Sportförderung habe die Anträge befürwortet. Eine Entscheidung werde vom Schul- und Sportausschuss voraussichtlich am 15.10.2013 getroffen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.12 \*

-.-.-

### 3.13

#### **Oldentruper Parkfest „Hallo Nachbarn“ 2013**

Herr Daube informiert über ein Dankschreiben der Dorfgemeinschaft Oldentrup, in dem diese ihren Dank für die finanzielle Unterstützung der Veranstaltung durch die Bezirksvertretung Heepen ausspricht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 3.13 \*

-.-.-

### 3.14

#### **Vortrag: „Mobilität im Wertewandel“**

Herr Daube informiert darüber, dass der Verein Bielefeld pro Nahverkehr e.V. zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Mobilität im Wertewandel“ am 15.11.2013 eingeladen habe. Die Einladung wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern per E-Mail übersandt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

-.-.-

**Zu Punkt 4      Anfragen**

**Zu Punkt 4.1    Regelungen bzgl. dauerhafter Werbeanlagen auf Privatgrundstücken**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6136/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

*In der jüngeren Vergangenheit werden auf Privatgrundstücken im Stadtbezirk vermehrt dauerhaft kommerzielle Werbeanlagen an Zäunen oder als Aufsteller installiert. Diese Anlagen tragen in der Regel nicht zur Attraktivitätssteigerung des Stadtbildes bei.*

Frage:

*Wie ist die Rechtslage hinsichtlich solcher Werbemaßnahmen?*

Zusatzfragen:

*Über welche Steuerungsinstrumente verfügen Politik und Verwaltung, um einem zunehmenden Attraktivitätsverlust des Stadtbildes entgegenzuwirken?*

*Wurden bereits Maßnahmen in dieser Angelegenheit umgesetzt?*

Herr Daube führt aus, dass das Bauamt mitgeteilt habe, dass in jedem Einzelfall zu prüfen sei, inwieweit es sich bei der Werbeanlage um eine genehmigungspflichtige oder genehmigungsfreie Anlage handele. Die Prüfung erfolge nach der Bauordnung NRW. Zur Information der Bürgerinnen und Bürger wurde von der Stadt Bielefeld der Flyer „Werbeanlagen“ aufgelegt. Dieser stelle zusammenfassend die Rechtsgrundlagen für Werbeanlagen dar. Alle Bezirksvertretungsmitglieder haben zu Beginn der Sitzung eine Ausfertigung des Flyers erhalten. Die Bauverwaltung habe die Möglichkeit, über Festsetzungen im Bebauungsplan, einer Gestaltungssatzung oder einer Ortssatzung die Errichtung von Werbeanlagen planungsrechtlich zu steuern. Insbesondere Bebauungspläne enthalten häufig Festsetzungen, die die Anbringung von Werbeanlagen über den gesetzlich vorgegebenen Rahmen

hinaus für einen besonderen Geltungsbereich regeln.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 4.1 \*

---

## **Zu Punkt 4.2 Glascontainer Husumer Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6222/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Der Standort des Glascontainers in der Husumer Straße ist umstritten - und die Bezirksvertretung hat den Eindruck, dass der Behälter an dieser Stelle (obwohl er demnächst schon ein Jahr dort aufgestellt ist) die vom Umweltbetrieb geäußerten Erwartungen nicht erfüllt, dass der Container an dieser Stelle auch für den Entsorger unrentabel ist und dass er besser als zusätzliche Kapazität auf dem Parkplatz an der Glückstädter Straße aufgestellt würde.*

Frage:

*Welche Mengen werden (im Vergleich zu anderen Containern z.B. am Braker Friedhof, neben Edeka oder auf dem Parkplatz Glückstädter Straße) dort entsorgt?*

Zusatzfrage:

*Ist der Entsorger nach der Rentabilität dieses Standortes befragt worden?  
Wenn nicht? Wann ist dies beabsichtigt?*

Herr Daube führt aus, dass der Umweltbetrieb mitgeteilt habe, dass das im Stadtgebiet Bielefeld eingerichtete bzw. einzurichtende flächendeckende Sammel- und Entsorgungssystem für gebundene Verkaufsverpackungen aus Kunststoff, Papier und Glas in einer sogenannten Systembeschreibung zwischen der „Duales System Deutschland GmbH“ und der Stadt Bielefeld festgeschrieben sei. Dies betreffe insbesondere bei der Glassammlung die Einzugsbereiche und die Stellplatzdichte. Daraus ergebe sich auch die Verteilung der Standorte auf den Stadtteil Brake. Die vereinbarten Standplätze für Doppel-Container zur Altglassammlung befinden sich ganz überwiegend auf öffentlichen Flächen im Eigentum der Stadt Bielefeld und in Einzelfällen auf privaten Grundstücken. Verhandlungen mit dem Ziel, die Zahl der Glascontainer auf privaten Flächen zu erhöhen, scheitern in der Regel am fehlenden Einverständnis der Eigentümer, vor allem bei den Einkaufsmärkten.

Diesbezüglich gebe es keine rechtlichen Handlungsmöglichkeiten. Die Nutzung einzelner Glascontainer werde ganz wesentlich von der Siedlungsstruktur und der verkehrlichen Erreichbarkeit bestimmt. Insofern folge ein Leerungsinterwall der jeweiligen Nutzung, die sich aus dem Wohngebiet ergebe. Die Glascontainer am Standort Husumer Str. 99 seien nach Informationen des von der „Dualen System Deutschland GmbH“ beauftragten Entsorgungsunternehmens SITA einem Leerungsinterwall von 2 bis 3 Wochen zugeordnet. Lediglich die Container an der Grafenheider Straße werden wöchentlich geleert. Da es sich bei der Entleerung um ein Vertragsverhältnis Dritter zueinander handele, stehen dem Umweltbetrieb detaillierte Daten nicht zur Verfügung. Der Standort Husumer Str. 99 entspreche insofern einem durchschnittlichen Auslastungsgrad, bezogen auf die vorhandene Siedlungsstruktur.

Abschließend verweist Herr Daube auf die vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmte weitere Verfahrensweise (weitere Beratung der Angelegenheit im Rahmen eines anlassbezogenen Gesprächskreises).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 4.2 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 4.3 Sachstand Ausbau Niewaldstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6311/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Der Ausbau der Niewaldstraße wurde schon vor langer Zeit von der Bezirksvertretung Heepen beschlossen.*

Frage:

*Was ist der Sachstand?*

Herr Daube informiert darüber, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass die Haushaltsplanung der Stadt Bielefeld vorsehe, die Maßnahme im Jahr 2015 durchzuführen. Die Maßnahme sei im Übrigen baureif. Sollte die Möglichkeit bestehen, im Vorfeld investive Haushaltsmittel bereit zu stellen, könne die Maßnahme sofort ausgeschrieben werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 4.3 \*

-.-.-

#### **Zu Punkt 4.4 Fuß- und Radweg Kusenweg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6312/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Im Zusammenhang mit der Brückensanierung Kusenweg/Autobahn wurde die Anlage eines Fuß- und Radweges zwischen Niewaldstraße und Stadtgrenze in Aussicht gestellt.*

Frage:

*Was ist der Sachstand?*

Herr Daube führt aus, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass für die Vorplanung für den Neubau eines Geh- und Radweges am Kusenweg zwischen Niewaldstraße und Stadtgrenze im Jahr 2010 ein Einplanungsantrag bei der Bezirksregierung Detmold gestellt wurde. Die Maßnahme sei derzeit im Radwegeprogramm vorgesehen. Der Bau des Geh- und Radweges sei aufgrund der haushaltsrechtlichen Abhängigkeiten jedoch bisher in der Finanzplanung nicht vorgesehen und stehe darüber hinaus in Konkurrenz zu entsprechenden anderen Maßnahmen im Bereich der Stadt Bielefeld. Derzeit werde von der Verwaltung eine stadtinterne Prioritätenliste erarbeitet. Nach erfolgter Priorisierung sei beabsichtigt, weitere Gespräche mit der Bezirksregierung zu führen. Unter dem Vorbehalt ausreichender Haushaltsmittel können die priorisierten Maßnahmen dann in angemessener Zeit umgesetzt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 4.4 \*

-.-.-

#### **Zu Punkt 4.5 Gepflasterter Gehweg zwischen der Glückstädter Straße und dem Sieben-Teiche-Grünzug**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6317/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der

Partei Die Linke:

*Am 27. Mai 2013 wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass sich auf einem gepflasterten Gehweg zwischen der Glückstädter Straße und dem Grünzug mehrere Stolperkanten befinden. Im Frühjahr diesen Jahres wurden auf dem gleichen Weg vergleichbare „Stolperfallen“ kurzfristig und mit einem geringen Zeitaufwand behoben.*

*Aktuell wurden am 16. September mehrere Schilder aufgestellt, die auf die Gehwegschäden aufmerksam machten. Am 20. September wurden die notwendigen Arbeiten durchgeführt und die Warnschilder wieder entfernt.*

Fragen:

*Was genau versteht die Verwaltung unter dem Begriff „Verkehrssicherungspflicht“?*

Zusatzfragen:

*Wann genau muss die Versicherungspflicht wahrgenommen/umgesetzt werden?*

*Worin genau bestand der Vorteil, erst nach mehreren Monaten Warnschilder aufzustellen und die notwendigen geringfügigen Arbeiten erst mehrere Tage später auszuführen?*

Herr Daube informiert darüber, dass der Umweltbetrieb mitgeteilt habe, dass die Verkehrssicherungspflicht grundsätzlich eine gefahrlose Nutzung der jeweils angesprochenen Einrichtung gewährleisten soll. Sie richte sich nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Bedeutung und Nutzung der jeweiligen Einrichtung und sei letztlich im Einzelfall an Hand der sich fortentwickelnden Rechtsprechung zu beurteilen. Insofern sei einer Einzelaussage zu der in der Anfrage angesprochenen Wegefläche nicht verbindlich zu treffen. Die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht sei Bestandteil des „Geschäftes der laufenden Verwaltung“. Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten seien grundsätzlich entsprechend des Aufgabengliederungsplanes der Stadt Bielefeld einzelnen Verwaltungseinheiten zugeordnet. Die Prüfung des in der Anfrage angesprochenen Sachverhaltes durch den Umweltbetrieb habe ergeben, dass der zuständige Bezirksgärtnermeister auf Stolperstellen im Bereich der Wegeverbindung hingewiesen wurde. Er veranlasste darauf hin umgehend die Instandsetzung des Weges. Leider entstanden im Anschluss erneut Schäden auf dem Weg, so dass eine weitere Reparatur erforderlich wurde. Die aufgestellten Warnschilder bezogen sich nur auf diese 2. Instandsetzung. Sie wurden nach Abschluss der Arbeiten umgehend wieder abgebaut.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 4.5 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 4.6 Vandalismus im Bereich der Grundschule Brake**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6318/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

*Schon seit längerer Zeit kommt es auf dem Pausenhof der Grundschule Brake zu Sachbeschädigungen (Graffiti und Zerstörungen). Sitzbänke, Mülleimer und Roste werden für Grillzwecke oder als Feuerstelle missbraucht. Da eine Holzverkleidung unter der Gebäudeüberdachung angebracht ist, kann es zu größeren Brandschäden kommen. Es wird dort Bier und hochprozentiger Alkohol getrunken. Zerbrochene Flaschen stellen eine Gefahr für die Schulkinder dar. Müll wird überall hinterlassen. Es wurden auch Tütchen mit Hanfblattaufdruck gefunden, was auf einen Konsum und/oder Handel von Drogen hinweist.*

Fragen:

*Gibt es ähnliche Beobachtungen an anderen Heeper Schulen und wenn ja an welchen?*

Zusatzfragen:

*Was unternimmt die Verwaltung um unerlaubte und gefährliche Handlungen zu begrenzen bzw. einzudämmen?*

*Warum wurde ein Schreiben des zuständigen Bezirksdienstbeamten in Brake vom Frühjahr 2012 an die Verwaltung, das auf die o. g. Missstände aufmerksam machte, bis heute nicht beantwortet?*

Herr Daube verweist auf die zu Beginn der Sitzung an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte - mit dem Immobilienservicebetrieb abgestimmte - Stellungnahme des Amtes für Schule vom 10.10.2013 und erläutert den Inhalt der Stellungnahme im Kontext zu den vom Fragesteller in der Anfrage formulierten Fragen. Aus welchen Gründen das Schreiben der Polizei nicht beantwortet wurde, konnte nicht geklärt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 4.6\*

-.-.-

## **Zu Punkt 5 Beratung unerledigter Punkte aus vorangegangenen Sitzungen**

### **Zu Punkt 5.1 Projekt "Weiterentwicklung der Kulturstadt Bielefeld - Kulturentwicklungsplanung für Bielefeld" Vorlage des erarbeiteten**

## Kulturentwicklungskonzepts

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6186/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die gemeinsame Sitzung aller Bezirksvertretungen am 01.10.2013.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bewertet den von der Verwaltung vorgestellten Zwischenbericht grundsätzlich positiv. Seines Erachtens orientiere sich die Planung jedoch zu sehr an „zentralistischen“ Überlegungen. Zwar wurden am Beispiel des Stadtbezirks Sennestadt auch auf die Stadtbezirke bezogene Aspekte dargestellt, seines Erachtens seien die im Stadtbezirk Sennestadt vorliegenden Rahmenbedingungen jedoch nicht ohne weiteres auf andere Stadtbezirke zu übertragen, da die vorhandenen Strukturen in den einzelnen Stadtbezirken sich sehr unterschiedlich darstellen. Dies gelte insbesondere auch für den Stadtbezirk Heepen. Die SPD-Fraktion stelle vor diesem Hintergrund folgenden Antrag:

*Die Verwaltung wird aufgefordert, in Anlehnung an den Kulturentwicklungsplan für die Stadt Bielefeld einen Kulturentwicklungsplan für den Stadtbezirk Heepen zu erarbeiten. Dabei sollte wenigstens ein Mitarbeiter des Projektteams zum Kulturentwicklungsplan eingebunden werden. Eine erste Verständigungssitzung sollte im Rahmen eines anlassbezogenen Gesprächskreises zum Thema Kultur stattfinden.*

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter schließt sich der von Herrn Wäschebach vorgenommenen Bewertung an. Seines Erachtens bedürfen die zur Kulturentwicklung in den Stadtbezirken getroffenen Aussagen insofern noch einer Vertiefung. Aus seiner Sicht stelle die u. a. angestrebte Vernetzung aller kulturellen Aktivitäten in Bielefeld für die Akteure eine große Herausforderung dar. Die CDU-Fraktion halte den Antrag der SPD-Fraktion grundsätzlich für sinnvoll und werde ihn daher auch unterstützen. Er habe Zweifel daran, dass im Rahmen einer gesamtstädtischen Kulturentwicklungsplanung die bezirkliche Kulturentwicklung entsprechenden Raum einnehmen werde, da das Konzept eher auf die in der Innenstadt vorliegenden Rahmenbedingungen abziele.

Bezirksbürgermeister Sternbacher schließt sich der von Herrn Wäschebach und stellvertretendem Bezirksbürgermeister Rütter vertretenen Auffassung an.

Es ergeht folgender

### B e s c h l u s s:

**Die Verwaltung wird aufgefordert, in Anlehnung an den Kulturentwicklungsplan für die Stadt Bielefeld einen Kulturentwicklungsplan für den Stadtbezirk Heepen zu erarbeiten. Dabei**

sollte wenigstens ein Mitarbeiter des Projektteams zum Kulturentwicklungsplan eingebunden werden. Eine erste Verständigungssitzung sollte im Rahmen eines anlassbezogenen Gesprächskreises zum Thema Kultur stattfinden.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 5.1 \*

---

**Zu Punkt 6      Anträge**

**Zu Punkt 6.1    Überprüfung der Aufstellungsvoraussetzungen des Glascontainers, Husumer Straße sowie Vorstellung der Abwägungsüberlegungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6243/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der FDP, der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und des Vertreters der Partei Die Linke:

*Die Bezirksvertretung Heepen beauftragt die Verwaltung, das Vorliegen der Voraussetzungen zur Aufstellung des Glascontainers an der Husumer Straße erneut zu überprüfen und das Ergebnis der fachlichen Abwägung in der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen. Im Rahmen dieser Abwägung sind gerade vor dem Hintergrund der in der Mitteilung des Rechtsamtes genannten Kriterien (Aufstellung dort, wo Altglas tatsächlich anfällt, Lärmschutz, Stadtbild) Alternativstandorte auch in größerem Abstand (z. B. in Form der Erweiterung von Kapazitäten im Bereich der Supermärkte an der Waagestraße oder auf dem Parkplatz an der Glückstädter Straße im Bereich der Senke) zu überprüfen.*

Weiterhin verweist er auf die schriftliche Antragsbegründung und die vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmte Verfahrensweise (weitere Beratung im Rahmen eines anlassbezogenen Gesprächskreises):

*Ein geeigneter Standort zeichnet sich nach Auffassung der Bezirksvertretung durch seine Verträglichkeit mit den Nutzungen in der Nachbarschaft und durch seine tatsächliche Auslastung aus. Diese beiden Kriterien werden auch in der Stellungnahme als abwägungsrelevant genannt. Beide Kriterien erfüllt nach Einschätzung der Bezirksvertretung Heepen der Standort an der Husumer Straße nicht. Die Auswahl des Standorts erfolgte vermutlich nur vor dem Hintergrund der flächenmäßigen Abdeckung des Ortsteils, die aber angesichts der typischen Nutzungsszenarien aus Sicht der Bezirksvertretung Heepen ein nachrangiges Kriterium ist. Der Standort kann aus Sicht der Bezirksvertretung nur dann aufrechterhalten werden, wenn eine wenigstens durchschnittliche Auslastung nachgewiesen werden kann. Die entsprechende Abwägung sollte also überprüft werden und dann die Ergebnisse in der Bezirksvertretung Heepen diskutiert werden. Besonders ärgerlich an der Stellungnahme des Umweltbetriebes ist, dass mit keinem Wort auf die TATSÄCHLICHEN Gewohnheiten bei der Altglasentsorgung eingegangen und der Ermessensspielraum nicht pro, sondern gegen die Bezirksvertretung ins Feld geführt wird.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass er unabhängig von der weiteren Beratung im Rahmen eines anlassbezogenen Gesprächskreises den Antrag aufrechterhalten möchte.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen beauftragt die Verwaltung, das Vorliegen der Voraussetzungen zur Aufstellung des Glascontainers an der Husumer Straße erneut zu überprüfen und das Ergebnis der fachlichen Abwägung in der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen. Im Rahmen dieser Abwägung sind gerade vor dem Hintergrund der in der Mitteilung des Rechtsamtes genannten Kriterien (Aufstellung dort, wo Altglas tatsächlich anfällt, Lärmschutz, Stadtbild) Alternativstandorte auch in größerem Abstand (z. B. in Form der Erweiterung von Kapazitäten im Bereich der Supermärkte an der Waagestraße oder auf dem Parkplatz an der Glückstädter Straße im Bereich der Senke) zu überprüfen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 6.1 \*

-.-.-

### **in beiden Fahrtrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6254/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Bertha-von-Suttner-Straße für den Fahrradverkehr in beiden Richtungen frei zu geben.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

*Aufgrund der Tatsache, dass die Bertha-von-Suttner-Straße derzeit auch für Radfahrer eine Einbahnstraße ist, sind diese gezwungen, Umwege z. B. über die stark befahrene Straße Am Wellbach in Kauf zu nehmen. Die Freigabe der Bertha-von-Suttner-Straße für den Fahrradverkehr in beiden Fahrtrichtungen trägt nicht nur zum Zeitgewinn sondern auch im erheblichen Maße zur Verkehrssicherheit für Radfahrer bei.*

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Bertha-von-Suttner-Straße für den Fahrradverkehr in beiden Richtungen frei zu geben.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 6.2 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 6.3 Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Haltestelle Grafenheide, Grafenheider Straße/Blockweg/Siedlung Grafenheide**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6256/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssicherheit an den Bushaltestellen Grafenheide (in beiden Richtungen) an der Grafenheider Straße, Einmündung*

*Blockweg / Siedlung Grafenheide zu erhöhen. Dabei sollen insbesondere kostengünstige, schnell umsetzbare Lösungen wie z. B. die Erinnerung an Tempo 50 durch Fahrbahnmarkierungen oder Schilder, sowie die Aufstellung von Schildern „Achtung Schulweg kreuzt“ bei der Prüfung berücksichtigt werden.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die örtliche Situation und verweist auf die bisher zum Haltestellenstandort gefassten Beschlüsse der Bezirksvertretung sowie die schriftliche Antragsbegründung:

*Die Bushaltestelle Grafenheide befindet sich in der Nähe eines unübersichtlichen Einmündungsbereichs an der Grafenheider Straße. Aufgrund der „freien Strecke“ und der recht großen Entfernung zu temporegulierender Beschilderung wird die Geschwindigkeitsbegrenzung häufig missachtet. Die Bushaltestelle wird in zunehmendem Maße durch Schulkinder aus der Siedlung Grafenheide genutzt, so dass sich hier ein wachsendes Verkehrsrisiko ergeben hat. Auch eingedenk der bevorstehenden dunklen Jahreszeit sollten rasch Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ergriffen werden.*

Herr Stuke (SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die Sicherheit der die Haltestelle nutzenden Schulkinder in jeder Hinsicht Vorrang vor anderen Überlegungen haben müsse.

Herr Dr. Elsner unterstreicht die Notwendigkeit, im Hinblick auf die bevorstehende „dunkle Jahreszeit“ kurzfristig geeignete Lösungen umzusetzen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssicherheit an den Bushaltestellen Grafenheide (in beiden Richtungen) an der Grafenheider Straße, Einmündung Blockweg / Siedlung Grafenheide zu erhöhen. Dabei sollen insbesondere kostengünstige, schnell umsetzbare Lösungen wie z. B. die Erinnerung an Tempo 50 durch Fahrbahnmarkierungen oder Schilder, sowie die Aufstellung von Schildern „Achtung Schulweg kreuzt“ bei der Prüfung berücksichtigt werden.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 6.3 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 6.4 Berichterstattung zu dem neuen online gestützten Anmelde-verfahren für KiTa-Plätze**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6257/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, in der Bezirksvertretung Heepen zu dem (veränderten) Sachstand bei der Etablierung eines online gestützten Anmeldeverfahren für KiTa-Plätze zu berichten. Hier soll insbesondere der Projektplan (Sollprozesse, Umsetzungszeitpunkte, Information der Betroffenen) vorgestellt werden.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

*Im Rahmen der Mitteilungen in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen vom 05.09.2013 wurde zu dem Antrag der CDU auf Etablierung eines online gestützten Anmeldeverfahren für KiTa-Plätze Stellung bezogen. Hier wurde erneut erwähnt, dass man auf eine „Landeslösung“ warte. In der Lokalpresse (Neue Westfälisch, Anfang September) wurde berichtet, dass diese „Landeslösung“ nicht kommen wird und dass die Stadt zum kommenden Kindergartenjahr eine eigene IT-Lösung anstrebe. Zu dem neuen Sachstand soll der Bezirksvertretung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt berichtet werden.*

Darüber hinaus stellt er unter Bezugnahme auf TOP 3.4 (Mitteilung zur Einführung eines webbasierenden Platzreservierungs- und Anmeldeprogramms für die Bielefeld Kindertageseinrichtungen) fest, dass die Einführung eines Web-basierenden Anmeldeverfahrens viele Fragen aufwerfe, mit denen z. B. die Eltern in den Einrichtungen an die Trägervertreter herantreten. Insofern sei es dringend notwendig, der Bezirksvertretung entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen.

Herr Daube weist darauf hin, dass es sich bei der Einführung des neuen Anmeldeverfahrens um eine überbezirkliche Angelegenheit handele.

Herr Dr. Elsner führt aus, dass es der CDU-Fraktion nicht darum gehe, eine Einführungsentscheidung zu treffen, sondern entsprechende Informationen zu erhalten.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, in der Bezirksvertretung Heepen zu dem (veränderten) Sachstand bei der Etablierung eines online gestützten Anmeldeverfahren für KiTa-Plätze zu berichten. Hier soll insbesondere der Projektplan (Sollprozesse, Umsetzungszeitpunkte, Information der Betroffenen) vorgestellt werden.**

- einstimmig beschlossen -

## **Zu Punkt 6.5 Wahllokal Wefelshof**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6289/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

*Die Bewohnerinnen und Bewohner des Seniorenzentrums am Wefelshof sollen das Wahllokal am Wefelshof nutzen können.*

Herr Schatschneider (Die Linke) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

*Das AWO-Wohncafé am Wefelshof in Brake wurde bei der Bundestagswahl zum ersten Mal als Wahllokal genutzt. Es befindet sich in einem Gebäudekomplex mit Seniorenwohnungen. Bewohner/-innen dieser Anlage mussten in einem anderen Wahllokal wählen. Davon waren u. a. auch gehbehinderte Menschen betroffen.*

*Grundsätzlich sollte es möglich sein, das Wähler/-innen das Wahllokal nutzen können, das sich im gleichen Haus bzw. gleichen Gebäudekomplex befindet. Dies gilt auch für Bewohner/-innen der Straße, in der sich das Wahllokal befindet.*

Darüber hinaus führt er aus, dass die mit dem Antrag verbundene Fragestellung auch auf andere Standorte zu beziehen sei. Sollten sich hier ähnliche Abhängigkeiten ergeben, sei es notwendig auch bezogen auf diese Standorte entsprechend zu reagieren.

Herr Daube erläutert, dass die mit dem Antrag aufgeworfene Fragestellung bezogen auf das Wahllokal Wefelshof bereits seitens der Verwaltung geprüft wurde und stellt an Hand eines Lageplanes die mögliche Neueinteilung der betroffenen Stimmbezirke vor. Die dargestellte Lösung könne bis zur Kommunalwahl im Jahr 2014 umgesetzt werden.

Herr Schatschneider begrüßt die vorgestellte Lösung, weist aber nochmals darauf hin, dass die aufgeworfene Fragestellung auch bezogen auf andere Standorte geprüft werden müsse.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) warnt vor einer großflächigen Veränderung der Stimmbezirke, da sie aus seiner Sicht die Bürgerinnen und Bürger verunsichern könne. Sollten sich entsprechende Veränderungen ergeben, halte er es für sinnvoll, die Betroffenen, z. B. im Rahmen der Wahlbenachrichtigung, entsprechend zu informieren.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Das AWO-Wohncafé am Wefelshof in Brake wurde bei der Bundestagswahl zum ersten Mal als Wahllokal genutzt. Es befindet sich in einem Gebäudekomplex mit Seniorenwohnungen. Bewohner/-innen dieser Anlage mussten in einem anderen Wahllokal wählen. Davon waren u. a. auch gehbehinderte Menschen betroffen.**

**Grundsätzlich sollte es möglich sein, das Wähler/-innen das Wahllokal nutzen können, das sich im gleichen Haus bzw. gleichen Gebäudekomplex befindet. Dies gilt auch für Bewohner/-innen der Straße, in der sich das Wahllokal befindet.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 6.5 \*

-.-.-

**Zu Punkt 6.6 Rücknahme des Beschlusses zur Änderung des Schuleinzugsbereiches für die Grundschule Brake**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6313/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion:

*Die Bezirksvertretung Heepen bittet den Schulausschuss, folgenden Beschluss zu übernehmen:*

*Der Beschluss vom Juni / Juli 2012 zur Änderung des Schuleinzugsbereichs für die Grundschule Brake wird aufgehoben.*

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

- 1. Die Grundschule Vilsendorf (zu deren Stärkung der Einzugsbereich geändert wurde) ist nach der neuen Rechtslage nicht mehr in ihrer Existenz gefährdet.*
- 2. Die Grundschule Brake ist nicht mehr überfüllt.*
- 3. Mit der Aufhebung des Beschlusses wird ein Zustand beendet, der betroffenen Eltern nicht zu vermitteln ist: dass nämlich einige Kinder z. B.*

*aus der Siedlung Grafenheide weiterhin mit dem Schülerbusverkehr mitgenommen werden, andere aber nicht.*

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass sich zwischenzeitlich immer deutlicher abzeichne, dass die in Brake lebenden Schülerinnen und Schüler die Grundschule Brake besuchen wollen. Im Übrigen habe sich die Situation, die u. a. zur Änderung des Schuleinzugsbereiches der Grundschule Brake führte (Aufnahmekapazitäten, Stärkung anderer Schulstandorte etc.), verändert. Vor diesem Hintergrund hoffe er, dass der Schulausschuss dem Wunsch der Bezirksvertretung Heepen Rechnung tragen werde.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter vertritt die Auffassung, dass, wenn sich Rahmenbedingungen verändern, über diese auch diskutiert werden müsse und ursprünglich getroffene Regelungen ggf. an die neue Situation angepasst werden müssen. Letztlich gehe es darum - unabhängig von formalen Überlegungen - eine Lösung zu finden, die den betroffenen Kindern gerecht werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Daube weist darauf hin, dass die Festlegung der Schuleinzugsbereiche seinerzeit nicht nur auf die Schulstandorte Brake und Vilsendorf bezogen war, sondern auch andere Schulstandorte im Stadtbezirk betroffen waren. Vor diesem Hintergrund bestehe seitens der Verwaltung die Sorge, dass eine entsprechende Beschlussfassung einen Präzedenzfall schaffe.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass es bei der seinerzeit getroffenen Entscheidung zur Festlegung der Schuleinzugsbereiche - bezogen auf die Grundschule Altenhagen - auch darum ging, den alten Zustand wieder herzustellen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher betrachtet die jetzt für den Schulstandort Brake angestrebte Lösung als Sonderfall. Insofern sei es aus seiner Sicht möglich, eine entsprechende Entscheidung zu treffen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen bittet den Schulausschuss, folgenden Beschluss zu übernehmen:**

**Der Beschluss vom Juni / Juli 2012 zur Änderung des Schuleinzugsbereichs für die Grundschule Brake wird aufgehoben.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 6.6 \*

## **Zu Punkt 6.7 Namen der Endhaltestelle der Linie 2**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6314/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion:

*Seit langem ist die Meinung in der Bezirksvertretung unumstritten, dass der „Arbeitstitel“ für die Endhaltestelle der Linie 2 (bisher „Moenkamp“) geändert werden soll in die Bezeichnung „Altenhagen“.*

*Die Verwaltung wird aufgefordert, dies bei den zuständigen Stellen und dem Verkehrsträger durchzusetzen.*

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) verweist auf den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens. Vor diesem Hintergrund sei es nun erforderlich, den Namen der Endhaltestelle abschließend festzulegen. Darüber hinaus bitte er die Formulierung „...(bisher „Moenkamp“)..." im Beschlussvorschlag durch die Formulierung „...(bisher „Milse-Ost“)..." zu ersetzen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Seit langem ist die Meinung in der Bezirksvertretung unumstritten, dass der „Arbeitstitel“ für die Endhaltestelle der Linie 2 (bisher „Milse-Ost“) geändert werden soll in die Bezeichnung „Altenhagen“.**

**Die Verwaltung wird aufgefordert, dies bei den zuständigen Stellen und dem Verkehrsträger durchzusetzen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 6.7 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 6.8 Sondertarifzone für die Haltestellen "Schwedenklei" (Bielefeld) und "Mühlenweg" (Kreis Lippe)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6315/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion:

*Für die beiden Haltestellen „Schwedenklei“ (Bielefeld) und „Mühlenweg“ (Kreis Lippe) soll eine tarifzonenübergreifende Lösung gefunden werden –*

*vergleichbar der Regelung für die Haltestellen „Am Vogelholz“ (Bielefeld) und „Am Jammertal“ (Herford).*

*Die Verwaltung wird aufgefordert, dieses Ziel durch entsprechende Verhandlungen mit dem Verkehrsträger der Buslinie 350 zu erreichen.*

Herr Wäschebach verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

*Vor allem Schüler aus dem Bereich Kusenbaum, die Heeper Schulen besuchen, nehmen nicht die Haltestelle in der Lipper Tarifzone, sondern nehmen den gefährlichen Weg entlang dem Kusenweg (ohne Fußweg) in Kauf, um den höheren Tarif einzusparen.*

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Für die beiden Haltestellen „Schwedenklei“ (Bielefeld) und „Mühlenweg“ (Kreis Lippe) soll eine tarifzonenübergreifende Lösung gefunden werden - vergleichbar der Regelung für die Haltestellen „Am Vogelholz“ (Bielefeld) und „Am Jammertal“ (Herford).**

**Die Verwaltung wird aufgefordert, dieses Ziel durch entsprechende Verhandlungen mit dem Verkehrsträger der Buslinie 350 zu erreichen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 6.8 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 7 Glascontainer Husumer Straße: Sachstandsbericht**

- abgesetzt (vgl. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“) -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 7 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 8 Neuanlage einer Fußwegeverbindung zwischen dem Betriebsgelände der Firma igepa, dem Finkenbach und der Eckendorfer Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6236/2009-2014

Frau Bredenkötter (Umweltbetrieb) erläutert die Beschlussvorlage der

Verwaltung im Überblick und geht dabei an Hand eines Lageplanes - ausgehend vom Ist-Zustand - auf besondere Detailspekte (finanzielle Abhängigkeiten zum Bebauungsplan „Werningshof“, Lage der Wegeverbindung, Verknüpfung vorhandener Grünanlagen, Wegeverlauf, Vollkosten etc.) der Planung ein.

Auf Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher bestätigt Frau Bredekötter, dass es sich bei der Wegeverbindung nicht nur um einen Fußweg sondern um einen Rad- und Fußweg handele.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) verweist auf die östlich der Firma igepa verlaufende vorhandene Wegeverbindung. Seines Erachtens reiche diese völlig aus. Aus seiner Sicht sollte auf die westlich des Firmengeländes geplante zusätzliche Wegeverbindung verzichtet werden. Da sich die vorhandene Wegeverbindung in einem schlechten Zustand befinde, rege er an, die durch den Verzicht frei werdenden Finanzmittel für die Herrichtung der vorhandenen Wegeverbindung einzusetzen. Dann u. U. noch verbleibende Mittel sollten darüber hinaus für die Sanierung vorhandener Wegeverbindungen im Umfeld verwendet werden.

Frau Bredekötter verweist auf die hinsichtlich der Finanzierung der Planung bestehenden Abhängigkeiten zur Bebauungsplanung „Werningshof“. Die von der Firma igepa zur Verfügung gestellten Finanzmittel seien an die vorgestellte Planung gebunden und insofern nicht ohne weiteres für andere Maßnahmen zu verwenden.

Herr Richard (Umweltbetrieb) erläutert, dass die Planung das vom Umweltamt formulierte Ziel verfolge, das vorhandene Wegesystem im Stadtteil Baumheide und das Wegesystem im Bereich Heeper Fichten miteinander zu verknüpfen.

Herr Diekmann stellt fest, dass er keinen Bedarf für die zusätzliche Wegeverbindung sehe und erläutert die Funktion der vorhandenen Wegeverbindung aus Sicht der Radfahrerinnen und Radfahrer, die zwischen den Stadtteilen Heepen und Baumheide verkehren.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter bewertet die vorgestellte Planung grundsätzlich positiv. Er fragt unter Hinweis auf die von Herrn Diekmann vertretene Auffassung, ob die zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch abweichend von der Planung eingesetzt werden könnten.

Herr Richard stellt fest, dass diese Frage zunächst geprüft werden müsste.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter regt vor diesem Hintergrund an, die Beschlussfassung bis zur Vorlage eines Prüfergebnisses zurückzustellen.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) hält die Planung für sinnvoll und verweist auf die in der Vergangenheit hinsichtlich der Verknüpfung der vorhandenen Wegesysteme im Bereich Heeper Fichten und Baumheide / Johannesbachau geführte Diskussion und von der Bezirksvertretung gefassten Beschlüsse. Ihres Erachtens könne die seinerzeit angestrebte Verknüpfung im Rahmen der vorliegenden Planung nun umgesetzt werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stimmt der von Frau Kreye vertretenen Auffassung zu.

Herr Diekmann weist darauf hin, dass die vorhandene Wegeverbindung intensiv genutzt werde und aus seiner Sicht auch die Verbindungsfunktion angemessen erfülle.

Herr Richard führt aus, dass die vorhandene Wegeverbindung im nordöstlichen Eckbereich über die Zufahrt zum igepa-Gelände verlaufe. Er verweist auf das sich daraus ergebende Konfliktpotential, das nach Anlage der neuen Wegeverbindung wegfallen würde.

Frau Kreye kann nachvollziehen, dass die vorhandene Wegeverbindung aus Sicht der Radfahrerinnen und Radfahrer in ihre Funktion als schnelle Verbindung ausreiche. Die neue Wegeverbindung habe dem gegenüber vorrangig die Funktion, verschiedene Naherholungsbereiche miteinander zu verknüpfen. Ihres Erachtens sei es vor diesem Hintergrund sinnvoll, mit den vorhandenen Finanzmitteln möglichst beide Ziele (funktionsfähige schnelle Radwegeverbindungen, Verknüpfung der vorhandenen Naherholungsgebiete) miteinander zu verbinden.

Auf Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher, ob die vorhandenen Finanzmittel ausreichen, um beide Ziele umzusetzen, stellt Herr Richard fest, dass er eine entsprechende Aussage erst nach Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse treffen könne.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter sieht die Möglichkeit, durch die Führung der Wegeverbindung entlang der Eckendorfer Straße, beide Ziele miteinander zu verknüpfen. Darüber hinaus kritisiert er die aus seiner Sicht hohen Folgekosten der Maßnahme.

Frau Kreye vertritt die Auffassung, dass bei einer Wegeführung entlang der Eckendorfer Straße der „Rundwegecharakter“ der neuen Wegeverbindung verloren ginge.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stimmt dieser Sichtweise zu und verweist auf die mit der Schaffung der neuen Wegeverbindung angesprochenen Interessen unterschiedlichen Zielgruppen, die s. E. miteinander verknüpft werden sollten.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass zunächst davon auszugehen sei, dass die vorhandenen Finanzmittel zweckgebunden seien. Insofern sei es vor dem Abweichen von der vorgestellten Planung zunächst erforderlich, die Frage zu prüfen, ob die zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch für andere Zwecke ausgegeben werden können.

Auf Rückfrage von Frau Grünwald (CDU-Fraktion) bestätigt Herr Richard, dass sich die vorhandene Wegeverbindung in einem sehr schlechten Zustand befinde.

Frau Kreye vertritt die Auffassung, dass die Planung unverändert umgesetzt werden sollte. Sofern sich herausstelle, dass Restmittel verbleiben, könnten diese für die Sanierung des vorhandenen Weges eingesetzt werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die angesprochenen Wegeverbindungen auch aus seiner Sicht unterschiedliche Funktionen erfüllen. Seines Erachtens müsse eine Wegeverbindung qualitativ sowohl die Bedürfnisse der Radfahrer als auch der Fußgänger erfüllen. Die

vorgestellte Planung werde beiden Interessenlagen grundsätzlich gerecht. Insofern sei zu hoffen, dass die vorhandenen Finanzmittel sowohl für die Anlage der westlich des Firmengeländes geplanten neuen Wegeverbindung, als auch für die Ertüchtigung der auf der Ostseite des Firmengeländes vorhandenen Wegeverbindung ausreichen.

Herr Diekmann stellt nochmals fest, dass er die vorhandene Wegeverbindung für ausreichend halte und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel zunächst für die Ertüchtigung dieses Weges eingesetzt werden sollten.

Frau Kreye vertritt die Auffassung, dass die neue Wegeverbindung auch dem Wunsch der im Stadtteil Baumheide lebenden Menschen nach einer fußläufigen attraktiven Wegeverbindung zwischen den Stadtteilen Baumheide und Heepen Rechnung trage.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die neue Wegeverbindung sicherer sei als die vorhandene Wegeverbindung. Insofern sollte die Planung umgesetzt, gleichzeitig aber nach Möglichkeiten gesucht werden, den vorhandenen Weg - ggf. durch nach der Umsetzung der Planung verbleibende Finanzmittel - zu sanieren.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen und bittet die Bezirksvertretung um Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen beschließt die Anlage einer neuen Fußwegeverbindung zwischen dem Betriebsgelände der Firma igepa, dem Finkenbach und der Eckendorfer Straße gemäß Bebauungsplan III/ H 16 „Werningshof“.**

- bei einer Gegenstimme beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 8 \*

---

**Zu Punkt 9**

### **Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6284/2009-2014

Ohne Aussprache ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

Die Bezirksvertretungen nehmen zur Kenntnis, der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen ...

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom mit dem als Anlage 2 beigefügten Handlungskonzeptes für den Erlass oder die Änderung von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 9 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 10 Vorschläge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie aus der Bevölkerung zur Haushaltsoptimierung hier: Optimierung der Bezirksämter**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6103/2009-2014

Herr Schatschneider (Die Linke) stellt fest, dass die Dezentralisierung der Sportstättenvergabe ohne eine Verlagerung entsprechender Stellenanteile auf die Bezirksämter für ihn nicht nachvollziehbar sei. Die Regelung vermittle aus seiner Sicht den falschen Eindruck, dass in den Bezirksämtern personelle Kapazitäten frei seien. Im Übrigen habe sich die zentrale Vergabe der Sportstätten aus seiner Sicht bewährt. Er habe die Sorge, dass die Interessen der überbezirklich tätigen Vereine im Rahmen der Dezentralisierung der Sportstättenvergabe nicht mehr angemessen berücksichtigt werden können. Die Partei Die Linke lehne diese Regelung daher ab.

Bezirksbürgermeister Sternbacher und stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüther bewerten die in der Informationsvorlage dargestellten Handlungsempfehlungen kritisch, verweisen jedoch darauf, dass es sich bei der Vorlage lediglich um eine Informationsvorlage der Verwaltung handele.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 10 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 11 33. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und**

**die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld  
(Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)  
hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk  
Heepen)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6261/2009-2014

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses gem. der, der Vorlage beigefügten Anlage zu beschließen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 11 \*

---

**Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

\* BV Heepen - 10.10.2013 - öffentlich - TOP 12 \*

---

---

Holm Sternbacher  
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötze  
Schriftführer